



Erschwinglichkeit wird zur neuen sozialen Frage

© DIW Berlin / Photothek

[HOME](#) | [NACHRICHTEN](#) | [ERSCHWINGLICHKEIT WIRD ZUR NEUEN ...](#)

Blog Marcel Fratzscher vom 22. Dezember 2025

Wenn sogar die Mittelschicht jeden Euro zweimal umdrehen muss, droht ein Hang zur Wahl extremer Parteien. Die Politik muss endlich besser gegensteuern.

Die Frage, ob Menschen sich ihr Leben noch leisten können, ist längst zu einer der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Fragen in vielen westlichen Demokratien geworden. Dass diese Frage auch bei Wahlen entscheidend sein kann, haben wir Anfang November in New York City gesehen, als Zohran Mamdani mit diesem Thema zum Bürgermeister der US-Metropole gewählt wurde.

In den USA prägt das Thema *affordability*, also die Erschwinglichkeit des Lebens, die politische Debatte. Die rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten spalten auch unser Land – ökonomisch und politisch. Die Kombination aus hohen Mieten, stark gestiegenen Energiepreisen und teuren Lebensmitteln trifft vor allem die Mitte der Gesellschaft und die ärmeren Haushalte. Sie nagt an der ökonomischen Sicherheit und am gesellschaftlichen Vertrauen. Doch es geht um weit mehr als Preise an der Supermarktkasse oder Heizkostenabrechnungen. Es geht um das Gefühl, dass Leistung sich nicht mehr lohnt, dass der eigene Lebensstandard bedroht ist und dass die Politik die Sorgen vieler Menschen nicht mehr wahrnimmt.

Diese [Kolumne](#) von Marcel Fratzscher erschien am 19. Dezember 2025 in der ZEIT in der Reihe [Fratzschers Verteilungsfragen](#).


Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten vier Jahre hat tiefe Spuren hinterlassen. Zwar sind die Inflationsraten inzwischen gesunken, doch die Preise bleiben auf einem hohen Niveau. Der entscheidende Punkt ist: Menschen mit geringem Einkommen haben eine viel höhere persönliche Inflationsrate erlebt – [teilweise das Drei- bis Vierfache der offiziellen Rate](#). Denn sie geben einen großen Teil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse aus – für Lebensmittel, Energie, Miete und Mobilität –, und genau hier sind die Preise besonders gestiegen.

Inflation trifft die Schwächsten am härtesten

Wir wissen aus Befragungen, dass bis zu 40 Prozent der Haushalte kaum Ersparnisse haben. Sie können steigende Kosten nicht durch Rücklagen abfedern. Für sie bedeutet jeder Preisschub eine unmittelbare Bedrohung



Die Inflation ist damit auch ein verteilungspolitisches Problem. Sie wirkt wie eine versteckte Steuer, die vor allem jene trifft, die ohnehin wenig haben. Der Staat profitiert hingegen von steigenden Steuereinnahmen, weil höhere Preise auch höhere Mehrwertsteuereinnahmen bedeuten. Auch viele große Konzerne konnten ihre Gewinne in der Inflationsphase deutlich steigern, während kleine Unternehmen und Verbraucher unter den Preissteigerungen litten.

Diese Entwicklung ist gefährlich. Es entsteht Frust – und dieser Frust sucht sich politische Ventile. In den unteren Einkommensgruppen und in der [Mittelschicht](#)  wächst das Gefühl, abgehängt zu werden, während andere profitieren. Genau dieser Vertrauensverlust hat in vielen westlichen Demokratien zu einem Rechtsruck beigetragen. So war der Vertrauensverlust in den Staat – gekoppelt mit massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten – einer der zentralen Gründe für die Wiederwahl von US-Präsident Donald Trump. Die Wahl des Trump-Gegners Mamdani zum New Yorker Bürgermeister könnte aber ein Hoffnungszeichen dafür sein, dass das Vertrauen in Trump nicht grenzenlos ist.

Frust fördert die soziale Spaltung

Auch in Deutschland sind die Warnsignale unübersehbar: Immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten, viele zweifeln an der sozialen Gerechtigkeit. Ich habe diese Entwicklung schon vor drei Jahren als Eskalation der sozialen Spaltung bezeichnet. Sie gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität, denn eine polarisierte Gesellschaft ist kein guter Nährboden für Reformen, Investitionen und Zukunftsvertrauen.

Die bisherigen politischen Maßnahmen greifen zu kurz. Das Inflationsausgleichsgesetz etwa entlastet vor allem mittlere und höhere Einkommen, während einkommensschwache Haushalte kaum profitieren. Pauschale Hilfen wie der Tankrabatt waren ineffizient und verteilungspolitisch falsch. Stattdessen braucht es gezielte Unterstützung: eine höhere Grundsicherung, direkte Leistungen für Geringverdienende, eine gezielte Entlastung bei Energie- und Wohnkosten.

Ein besonders wirksamer Schritt wäre die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Diese Maßnahme würde unmittelbar jene entlasten, die am meisten unter steigenden Lebensmittelpreisen leiden, und sie wäre sozial zielgenauer als viele andere Entlastungsprogramme. Die Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie – wovon vor allem Besserverdienende profitieren – ist aus dieser Perspektive kontraproduktiv. Auch deshalb ist die deutliche Erhöhung des Mindestlohns in den kommenden beiden Jahren so wichtig.

Erschwinglichkeit als neue Leitlinie der Wirtschaftspolitik

Die Politik muss sich von der Vorstellung lösen, dass Preisstabilität allein durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank gesichert werden kann. Geldpolitik kann Inflation dämpfen, aber sie kann nicht die strukturellen Ursachen für steigende Lebenshaltungskosten beseitigen. Dazu gehören insbesondere der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die ungleiche Verteilung von Vermögen und die zu geringe Wettbewerbsdynamik in wichtigen Sektoren wie Energie und Gesundheit.

Wir brauchen eine nationale Strategie für Erschwinglichkeit: mehr sozialen Wohnungsbau, gezielte Investitionen in Energieeffizienz, eine Reform der Preisbildung bei Strom und Gas sowie eine Steuerpolitik, die gezielt entlastet, statt pauschal subventioniert. Also eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur Wachstum, sondern Lebensqualität als Ziel hat.



über 35 Menschen Vertrauen in den Staat behalten, ob sie sich politisch beteiligen oder abwenden, ob sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken oder spalten. Die Lösung liegt nicht in Symbolpolitik oder kurzfristigen Entlastungen, sondern in einer langfristigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allen Menschen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort.

Themen: [Ungleichheit](#)



Marcel Fratzscher

Präsident im [Vorstand](#)

✉ president@diw.de

MEHR ZUM THEMA

BLOG MARCEL FRATZSCHER

[Wir müssen Superreiche endlich stärker besteuern](#)

08.12.2025 | [Marcel Fratzscher](#)

BLOG MARCEL FRATZSCHER

[Die Aufstiegsgesellschaft wohnt zur Miete](#)

03.11.2025 | [Marcel Fratzscher](#)